



AGDF ■ Endericher Straße 41 ■ D-53115 Bonn

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endericher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/24999-0
Telefax: 0228/24999-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung 2020

„Covid-19, Diskriminierung und Unfrieden“

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie treffen weltweit alle – aber nicht im gleichen Maße. Wer in einem Land lebt, das Finanzreserven hat und einsetzt, dessen öffentliches Sozial- und Gesundheitswesen funktioniert und in dem eine Meinungs- und Pressefreiheit existiert, erlebt trotz vielfältiger Einschränkungen institutionelle Ordnung und Schutz. Wer ein gesichertes Einkommen und einen gesicherten Aufenthalt hat und wer im eigenen Wohn- und Arbeitsumfeld in der Lage ist sich präventiv zu verhalten, hat deutlich bessere Chancen glimpflich davon zu kommen. Für andere verschärfen sich aufgrund der Pandemie allerdings vorhandene Benachteiligungen – häufig mit tödlichen Konsequenzen.

Die Covid-19-Pandemie zeigt in vielen Staaten deutlich die Folgen einer neoliberalen Politik von zunehmender sozialer Ungerechtigkeit bis zu kaputt gesparter öffentlicher Gesundheitsversorgung. Als Konsequenz bedarf es einer Umkehr zum guten Leben für alle. Grundlegende politische und strukturelle Veränderungen hin zu mehr Gerechtigkeit und Frieden sind dringender als zuvor.

Vielfache Bemühungen um solidarisches Handeln sind der richtige Weg: zwischenmenschlich, durch zivilgesellschaftliche Initiativen, durch Staaten und Staatenbündnisse.

AGDF-Mitglieder und ihre Partnerorganisationen setzen sich gemeinsam weltweit für Benachteiligte und für strukturelle Veränderungen in Wirtschaft, Handels- und Finanzbeziehungen ein. Sie engagieren sich für eine konsequente Friedenspolitik, die Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und strukturelle Gewalt überwinden helfen soll.

Staaten haben auf die Pandemie mit der Einschränkung von Freiheits- und Menschenrechten reagiert. Wo maßlose Einschränkungen genutzt wurden, um Machtstrukturen zu festigen, wurde zivilgesellschaftliche, demokratische Kontrolle gefährdet bzw. weiter abgebaut. Neue Formen des virtuellen Protestes zeigten begrenzte Wirkung.

Die AGDF und ihre Mitglieder setzen sich mit ihren Partnern trotz erswerter Bedingungen unverändert für die Einhaltung von Menschenrechten ein und informieren über Unrecht, Unfrieden und deren Ursachen. Zivilgesellschaftliches Engagement, Vernetzung und Strukturen werden durch internationale Friedensdienste von Freiwilligen und Fachkräften gestärkt.

In Deutschland, aber auch in anderen Staaten wächst die gesellschaftliche Polarisierung und es schwinden zugleich die Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Diskurses und konstruktiver Konfliktbearbeitung in persönlichen Begegnungen. Rechtsradikale Gewalt nimmt zu, der Einfluss rechtspopulistischer Kreise ist unverändert groß.

AGDF-Mitglieder bieten breite Möglichkeiten für die Qualifizierung in Gewaltfreiheit und zur Transformation von Konflikten. Sie engagieren sich für die Verminderung von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und gegen Rechts.

Mit der Pandemie haben die Herausforderungen enorm zugenommen und sich zugleich die Rahmenbedingungen und finanziellen Grundlagen für unsere Arbeit verschlechtert: In Deutschland fallen die politisch aktiven Organisationen nicht unter den bundesweiten staatlichen Rettungsschirm. Zurückgehende Einkommen für viele Menschen, aber auch geringere Einnahmen für Kirchen und Stiftungen bedeuten einen Rückgang an Spenden und Fördermitteln. Vielen Friedensorganisationen droht trotz eines erhöhten inhaltlichen Bedarfs für ihre Arbeit das finanzielle Aus.

Zum Erhalt der gesellschaftlichen Arbeit sind die AGDF und ihre Mitglieder auf verstärkte staatliche Unterstützung für gesellschaftspolitische, gemeinwohlorientierte Organisationen sowie den Abbau von bürokratischen Hürden angewiesen. Zudem braucht das weltweite zivilgesellschaftliche Engagement für Frieden und Gerechtigkeit eine größere Aufmerksamkeit durch Politik, Kirchen und Medien.

Nürnberg, den 26. September 2020

Einstimmig von der Mitgliederversammlung beschlossen.